

ten mit der Bundesrepublik Deutschland sowie des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971 hervor. Sie betrachten die strikte Einhaltung dieser völkerrechtlichen Verträge und Abkommen, die auf der Anerkennung der territorialen und politischen Realitäten in Europa beruhen, als eine wichtige Voraussetzung für die Festigung des Friedens, der Entspannung und der Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent.

Beide Seiten werden in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen ihre Verbindungen zu Westberlin ausgehend davon unterhalten und entwickeln, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Kuba bekräftigen ihre Treue zu den Zielen und Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen und ihre Entschlossenheit, aktiv an deren Verwirklichung mitzuwirken. Sie sprechen sich für die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der UNO bei der Erhaltung des Weltfriedens, der Festigung der Sicherheit der Völker und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der strikten Wahrung der UN-Charta aus.

Beide Seiten unterstreichen das Recht der befreiten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, selbst über ihre Geschicke zu bestimmen, ihre Unabhängigkeit und Souveränität gegen alle Anschläge zu schützen: Sie treten für die Beseitigung aller Formen neokolonialistischer Ausbeutung und Diskriminierung, für eine Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter, gleichberechtigter und demokratischer Grundlage ein.

Beide Seiten betrachten die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten als einen gewichtigen und ständig wirkenden Faktor im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung, gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, einschließlich Zionismus, und Apartheid. Sie heben deren wachsende Rolle in der Weltpolitik hervor und äußern ihre Genugtuung über den erfolgreichen Verlauf und die ermutigenden Ergebnisse der VI. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna.

Beide Seiten verfolgen mit Sympathie den Aufschwung des Kampfes der Völker Lateinamerikas gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen alle imperialistischen Versuche, die legitimen Interessen der Völker Lateinamerikas zu mißachten und sie durch Terror und Unterdrückung an der freien Ausübung ihres Rechtes auf wahre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bei der Wahl des Entwicklungsweges zu hindern. Sie verurteilen jegliche politische und militärische Provokation des USA-Imperialismus in der Karibik und treten mit Nachdruck für Frieden und Sicherheit in diesem Raum ein.

Der Kampf der Völker Lateinamerikas für die Gewährleistung und Sicherung